

23. JUNI 1960



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/40 - 23. Juni 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Keine Bestandsaufnahme?</u> Bundespolitisches Kleinklima und weltpolitisches Großklima Von Wenzel Jaksch, MdB	84
2a	<u>"Wenn Lenin auferstehen könnte"</u> Chruschtschow schießt auf Peking und Pankow	24
2b	<u>Revidierter Strauß?</u> CDU vor einer grotesken Situation	15
3	<u>Das Gebot: schnell und großzügig</u> Bonn und die Hilfe für Entwicklungsländer	56
4 - 5	<u>Wenzel in der dänischen Freespitze</u> Nachwirkungen aus der deutschen Besatzungszeit	64
6 - 7	<u>"Die Freiheit muss zwingend werden!"</u> Politischer Kommentar zum "Kongress für kulturelle Freiheit" in Berlin Von H. G. Sellenstein	79

\* \* \*  
\* \*

Keine Bestandsaufnahme ?

## Bundespolitisches Kleinklima und weltpolitisches Grossklima

Von Wenzel Jaksch, MdB

Wenn man sich in den letzten Monaten ein wenig in der Welt umgesehen hat, präsentiert sich die Bundesrepublik als ein politisch unterentwickeltes Gebiet, das noch mit den Problemen von vorgestern ringt, weil das geistige Kapital für Gegenwartslösungen nicht ausreicht. Anders kann man die Absicht der CDU-Führung nicht charakterisieren, die bevorstehende Bundestagsdebatte zu einer Art Staatsexamen für die SPD zu gestalten. Wahrscheinlich ist heute das Palais Schaumburg die letzte Insel der Selbstzufriedenheit in der westlichen Welt. Sucht man hingegen den Querschnitt der Meinungen in den Vereinigten Staaten, so begegnet uns eine ermutigende Bereitschaft, die Fehlerquellen der bisherigen Strategie gegenüber dem Kraml zu erforschen, falsche Auffassungen zu korrigieren und neue Einsichten zu erschliessen.

Das zentrale Problem der westlichen Allianz ist die zunehmende politische Unterwanderung der bisherigen Politik der militärischen Eindämmung des Sowjetkommunismus. ("Die Welt", 11.6.1960) In Südkorea, in der Türkei und zuletzt in Japan ist tragisch offenbar geworden, dass es selbstzörderisch wäre, ein weltumspannendes Bündnisystem nur auf die Kräfte der Beharrung und der Reaktion zu stützen. In der westlichen Hemisphäre liefert Kuba einen Vorgeschmack möglicher Entwicklungen, denen die vulkanische Situation in einzelnen Ländern Mittel- und Südamerikas zusteuert.

In dieser Situation ist für den intelligenten amerikanischen Patriotismus, den man in den gewerkschaftlichen Hauptquartieren, an den Universitäten, bei Politikern, Diplomaten und Presseleuten antreffen kann, die weitere Entwicklung in der Bundesrepublik von besonderem Interesse. Westdeutschland ist insofern ein Lichtpunkt, weil sich herumgesprochen hat, dass auch eine Mehrheitverschiebung bei den Bundestagswahlen von 1961 für das westliche Bündnisystem keine Erschütterung bedeuten würde. Umgekehrt begegnet man geradezu übertriebenen Hoffnungen, dass ein Westdeutschland des freiheitlichen demokratischen Sozialismus eine mächtige Anziehungskraft auf die Völker Osteuropas, wie auf die gärenden Massen Asiens und Afrikas ausüben könnte. Unter diesen Gesichtspunkten ist die Dokumentation einer zeitgemässen Orientierung der SPD durch das Godesberger Grundsatzprogramm weithin in der freien Welt mit Genugtuung begrüsst worden. Von einem Misstrauen

23. Juni 1960

gegen diese Aussage einer freiheitlich-demokratischen Gesinnung ist jenseits des Atlantiks wenig zu entdecken, weil doch jeder Student der politischen Wissenschaften zwischen New Haven und Stanford weiss, dass die deutsche Sozialdemokratie seit 100 Jahren eine freiheitlich-demokratische Rolle gespielt hat.

In einem selbstkritischen Weltklima wird das moralische und politische Aufholen der deutschen Sozialdemokratie als ein Plus der Freiheitskräfte gewartet. Die Freunde der Bundesrepublik wissen übrigens, dass die Wiedergeburt der deutschen Demokratie nicht im Herbst 1949 begonnen hat, sondern mit der Selbstbehauptung des freien Berlin 1946 - 1948, an der Kurt Schumacher, Ernst Reuter, Louise Schroeder und Franz Neumann entscheidenden Anteil hatten. Man ist jetzt froh darüber zu wissen, dass die deutsche Demokratie nicht allein von Dr. Adenauer repräsentiert wird - wie es das Bundespresseamt den Amerikanern bisher glaubhaft machen wollte - sondern auch durch die deutsche Sozialdemokratie, deren führende Männer und deren starke im Volk verwurzelte Organisation zu den sichersten Elementen des demokratischen Staates gehören. Die Popularität des Sozialdemokraten Willy Brandt in den Vereinigten Staaten ist das äussere Merkmal dieser Entwicklung. Dadurch strömt der deutschen Demokratie neues Vertrauen entgegen.

Aber auch die Gegenströmungen alten Misstrauens sind noch nicht verweht. Nur die politische Instinkttlosigkeit des Bundespresseamtes kann sich einbilden, dass das deutsche Volk bei der Wiederherstellung seiner moralischen Position in der Welt auf das internationale Prestige der freien deutschen Arbeiterbewegung und auf den Ruhm ihrer Märtyrer verzichten kann. Dem Einströmen eines neuen Weltklimas in die Bundesrepublik, dem Wunsch nach einer redlichen Bestandsaufnahme der deutschen Aussen- und Wiedervereinigungspolitik sowie dem Vorwarsch des wachsenden Empfindens gemeinsamer Gefährdung aller demokratischen Kräfte will die herrschende Monopartei in Bonn nochmals mit dem Aufwerfen alter Streitfragen begegnen.

Vielleicht erscheint bestimmten Kräften in der Bundesrepublik eine neue Runde eines sinnlos gewordenen Wettlaufens unvermeidlich. Aber morgen und übermorgen wird die Menschheit erneut habend am Rande furchtbarer Abgründe stehen. Der Lebenswille der Völker wird daher immer wieder nach politischen Auswegen suchen. Mit den Einfrieren konservativer Machtpositionen ist es nicht getan. Der Sieg der kommunistischen Weltrevolution ist nur durch eine demokratische Welt-Evolution zu verhindern. In diesem Mass sind die konstruktiven Kräfte des vielangefeindeten "Sozialdemokratismus" westdeutscher Prägung einfach nicht zu entbehren.

Eine weise, vorausblickende Staatspolitik würde in dieser Lage die inneren Reibungsverluste der deutschen Demokratie mindern, ja, sie müsste den Zustand der gegenseitigen Selbstaufhebung mächtiger staatservahrender Kräfte beenden. Wenn sich im Lager der Opposition eine solche Entwicklung anbahn, ist es kaum zu rechtfertigen, dass aus wahltaktischen Gründen neues Misstrauen gesät wird. Es wäre an der Zeit, das muffige politische Kleinklima der Bundesrepublik dem Einströmen des weltpolitischen Grossklimas auszusetzen.

"Wenn Lenin auferstehen könnte"

sp - "Wenn Lenin aus dem Grabe auferstehen könnte, würde er sich solche Leute (Dogmatiker) vornehmen und sie lehren, wie die Essenz einer Sache zu verstehen ist. Es gibt nun einmal in der Gegenwart keinen Marx, Engels oder Lenin. Wenn wir uns benehmen wie Kinder, die das Alphabet studieren, werden wir nicht weit kommen". - Dieser Satz, man sollte es nicht glauben, stammt von Nikita Chruschtschow. Er sprach ihn in Bukarest aus und wollte wohl damit den Kommunisten in Peking und Pankow einen Schuß vor den Bug geben. Ob der Schuß sein Ziel erreicht hat, ist noch nicht erkennbar. Aber daß er abgegeben wurde, und zwar in einer Situation, in der man in Peking und Pankow Marx- und Lenin-Formeln stereotyp wiederholt, dürfte ein Zeichen dafür sein, daß sich Chruschtschow gegenüber den Dogmatikern im kommunistischen Lager nicht geschlagen gibt. Man sollte im Westen gerade diese Rede Chruschtschows in Bukarest genau analysieren. Sie verrät mehr über die Entwicklung in den kommunistischen Parteien und vielleicht auch von den Absichten der sowjetischen Politik, als irgendeine Pressekonferenz des Krenlhofs. Einmal bestätigt diese Rede, daß die Ostblockstaaten kein monolithisches Gebilde sind, zum anderen zeigt sie, daß Chruschtschow auch die Auseinandersetzungen im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der UdSSR zu seinen Gunsten entschieden zu haben scheint. Natürlich heißt dies alles nicht, daß man sich erlauben könnte, weniger vorsichtig gegenüber Chruschtschow zu sein. Die Rede von Bukarest gibt jedoch der westlichen Politik Ansatzpunkte zu Überlegungen darüber, wie man das dort Gesagte weiterentwickeln kann.

+ - +

Revidierter Strauß?

sp - Seit Mittwochabend ist man bei den Unterführern der CDU verdattert; und zwar wegen der Pressekonferenz des Bundesverteidigungsministers Franz Josef Strauß, dessen beinahe beschwörende Dementis - hervorgehoben durch eine bestellte Frage - in Richtung Atombewaffnung der Bundeswehr das Konzept der Debatte-Strategen des Kanals für die außenpolitische Bundestagsdebatte am 30. Juni durcheinander zu bringen drohen. Man raunt sich zu, Franz Josef Strauß sei in den USA "zurechtgestoßen" worden. Niemand habe dort ursprünglich in der Bundesrepublik geäußerte Atomwünsche honoriert, weil die Amerikaner die Ausdehnung des Atom-Clubs auf andere Staaten nicht wünschen. Man ergibt sich für die CDU/CSU folgende etwas groteske Situation: Während man hier in Abwesenheit von Strauß die "volle Gleichberechtigung in der Bewaffnung mit den übrigen NATO-Partnern" forderte und damit die "Bündnisunverlässlichkeit der SPD prüfen" wollte, hat Franz Josef Strauß einen Haken geschlagen. Wie es heißt, ist man jetzt damit beschäftigt, die Reaktionsdispositionen für den 30. Juni zu klären. Wohl bekommt!

+ - +

Das Gebot: schnell und grosszügig

ler. Bei der Debatte über die Beratung des Regierungsentwurfes zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland hatte der Bundestag, was man nicht allzuoft von ihm sagen kann, einen guten Tag. Unter dem etwas umständlichen Titel verbirgt sich eine der Zentralfragen unserer Zeit - die unaufschiszbare, mit keinerlei politischen Bedingungen verknüpfte Hilfe für die Entwicklungsländer. Sie wurde von allen Seiten des Parlaments bejaht und als ein Problem und Aufgabe erster Grössenordnung erkannt. Darin liegt der weit in die Zukunft reichende Gewinn dieses Tages. Es war das erste Mal, dass das Parlament über Hilfe für entwicklungsfähige Länder so umfassend und gründlich diskutierte und den Blick auf eine Seite der weltpolitischen Auseinandersetzung richtete, deren Bedeutung sich nicht alle Zeitgenossen bewusst sind - das Kampfes gegen Hunger, Krankheit und Unwissenheit als die eigentlichen Feinde der Menschheit.

Aussenminister von Brentano hat in sechs Punkten allgemeine Grundsätze bei der Gewährung von Hilfe fixiert, von denen wohl am wichtigsten sind: die Entwicklungshilfe soll nicht unter politischen Bedingungen gegeben werden und alle Hilfsmassnahmen dürfen nicht als Almosen für den "armen Bruder" verstanden werden. Brentano befindet sich hier im Einklang mit Jugoslawien, das ideologisch seinen anderen Standort bezogen hat als die Bundesrepublik. Am gleichen Tag der Bundestagsdebatte schrieb das theoretische Organ der jugoslawischen Kommunisten "Kommunist":

...jeder dogmatische und sektiererische Versuch, die soziale Entwicklung in diesen Ländern in einer bestimmten Weise zu beeinflussen oder sie zur Verwirklichung gewisser Ziele in der internationalen Tagespolitik auszunutzen, könne nur Wasser auf die Mühle der reaktionären Kräfte sein. Man müsse sich stattdessen um Verständnis für den besonderen Charakter der Unabhängigkeitsbewegung bemühen und ihnen selbstlose Hilfe auf der Basis des gegenseitigen Respekts, der Gleichheit und der Nichteinmischung gewähren. Das sei die Pflicht der sozialistischen Länder.

Was dieses Organ als "Pflicht der sozialistischen Länder" bezeichnet, sind Vorstellungen, die auch westliche Politiker haben - gewiss ein seltener Fall von vorurteilsloser Sicht.

Innerhalb der westlichen Welt kommt der Bundesrepublik eine besondere Rolle in der Hilfe für Entwicklungsländer zu. Wir sind ein reiches Land, unsere Gold- und Devisenschätze quellen über, wir haben auch - welcher erstaunlicher Vorgang - im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern die meisten Millionäre produziert, im Welthandel stehen wir an zweiter Stelle. All dies haben wir nicht allein der vielgerühmten deutschen Tüchtigkeit und dem Bienenfleiss des deutschen arbeitenden Menschen zu verdanken - hätte uns die im Marshallplan enthaltene Solidarität der Vereinigten Staaten nicht die Chance des Wiederaufstiegs aus Chaos und Hunger nach dem Zusammenbruch gegeben, stünden wir gewisse nicht dort, wo wir heute stehen. Das verpflichtet oder sollte verpflichten. Krauserigkeit in der Gewährung von Hilfe steht uns hier nicht an, wir fänden dabei auch kein Verständnis in der Welt - weder im Westen, noch bei den Völkern, denen es selbstlos und grosszügig in ihrem Streben nach Überwindung jahrhundertalter Rückständigkeit zu helfen gilt. Hier hielten sich die Angaben des Wirtschaftsministers und Vizekanzlers Erhard in vagem Rahmen - zwar sprach er viel vom Opfer, ohne auch nur die Grösse des Opfers zu benennen. Die Dringlichkeit der Aufgabe wurde von niemandem bestritten, auch nicht die Gefahr übersehen, sollte der Westen insgesamt versagen, aber man bekam bei dieser ersten Lesung den etwas deprimierenden Eindruck, dass, was das offizielle Bonn anbetrifft, die bisherige und zukünftige Hilfe für diese Länder nicht der schicksalsschweren Tragweite der erkannten Aufgaben entspricht.

Wechsel in der dänischen Heerespitze

na. - Der dänische Verteidigungsminister Poul Hansen hat den Chef der dänischen Heeresstreitkräfte und Befehlshaber im NATO-Nord-Abschnitt Generalleutnant Viggo Hjalb zum 30. Juni aus seinem hohen militärischen Amt abberufen, indem er dessen auf drei Jahre befristeten "Auftragsvertrag" nicht erneuert hat. Dieser wichtige Schritt ist von Hansen mit dem Hinweis begründet worden, ein Wechsel in der Heerespitze sei notwendig, um für die Arbeit des Heeres Ruhe zu schaffen. Nachfolger von Hjalb wird nach der Anordnung des dänischen Verteidigungsministers Generalmajor Waldemar Jacobsen, der ausserdem zum 30. Juni zum Generalleutnant befördert wird.

Die Hintergründe, die zu der Abberufung des militärisch sehr befähigten Hjalb geführt haben, sind in der innenpolitischen auch nach der einseitigen Billigung der Militärreform sehr schwierigen Lage Dänemarks zu suchen, wenn Fragen des nationalen Widerstands während der deutschen Besatzungszeit angeschnitten werden. Und hier ist nun einmal die Rolle von Hjalb durch das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Dänemarks "Land og Folk" während der nationalistischen Besatzungszeit ins Zwielicht gerückt.

Die Kommunisten haben Veröffentlichungen hochgespielt, die jedenfalls den Eindruck hinterliessen, dass Hjalb während des dänischen Widerstand kommunistische Widerstandsgruppen bei der Waffenzuteilung benachteiligte. Das ist ein Vorwurf, der nun, wenn man die über alle Parteien hinweggehende Einigkeit der Dänen während der deutschen Besatzung sieht, auch die nationalen Kreise in Dänemark in Erregung versetzt hat. Ausgangspunkt war ein Beleidigungsprozess, den Hjalb gegen das kommunistische Organ angestrengt hatte.

Dabei hätten die Kommunisten in Dänemark allen Grund, heute still zu sein, wenn man ihnen auch, wie sonst in Europa, bescheinigen muss, dass sie gute Widerstandsarbeit zum Teil unter nationalen Perspektiven geleistet haben. In Dänemark ist aber nur allzu frisch in Erinnerung, dass Sowjetrussland 1945 ausserordentlich unter Druck gesetzt werden musste, ehe es bereit war, die dänische Ostseeinsel

Bornholm, die heute in den Zustand eines Gibraltar des Nordens versetzt wird, zu räumen.

Hjalp, der sich damals wenige Monate vorher weigerte, den kommunistischen Partisanengruppen die ihnen anteilmäßig zustehenden Waffen auch zu überlassen, hat sich ja auch mit der Gefahr eines kommunistischen Aufstandes nach dem Sieg über Hitlers Armeen entschuldigt. Inzwischen haben sich die wenigen Kommunisten im Folketing geweigert, die Heeresreform nitzunehmen, die auf eine Effektivierung der dänischen Verteidigung hinausläuft.

So wird denn jetzt statt Hjalp der Chef des dänischen Heeres und Stabschef des illegalen kleinen Generalstabs bis Kriegsende Generalleutnant Jacobsen die von Folketing beschlossene Umorganisation der dänischen Verteidigung auszuführen haben. Dabei ist bemerkenswert, dass um Kopenhagen herum jetzt auch Raketenbatterien aufgestellt werden - die erste ist bereits installiert -, welche die Typen "Fike" und "Ajax" abfeuern können. Dänemark ist aber noch wie vor nicht bereit, auf seinem Territorium die Atomsprengekörper zu lagern, die die "Ajax" tragen könnten!

Ziel der Umorganisation ist es, mehr längerdienende Soldaten als Spezialisten des modernen Militärgeräts zu bekommen, wobei, um das Sozialprogramm nicht übermäßig zu belasten, die Dienstpflicht schrittweise reduziert wird. Bei der Modernisierung der Spezialwaffen und vor allen der Flotte und der Luftwaffe wird Amerika Hilfe gewähren.

Das alles geschieht mit dem festen Willen des gesamten dänischen Volkes, den freiheitlichen Rechtsstaat sozialer Prägung so zu schützen, dass ein neuer Binnenschreck irgendeines Nachbarn nicht mehr möglich sein sollte. Dabei ist Dänemark sich darüber im Klaren, dass seine eigenen Kräfte dazu nicht ausreichen und aus diesem Grunde ein Bündnis mit der NATO notwendig ist, zu dem sich Verteidigungsminister Hanser ebenso wie bisher Hjalp und künftig Jacobsen bekennen.

"Die Freiheit muss gewagt werden!"

Von H. G. Sellenhain

"Freiheit ist nur im Reich der Träume", so sagt Schiller in seinem Gedicht vom Antritt des neuen Jahrhunderts. Oft schien es bei dem Berliner Kongreß, der 1950 entstand und 1960 sein Jubiläum mit großer Besetzung in der Kongresshalle feierte, als sei wirklich der Begriff der Freiheit wieder ins Reich der Träume, der Hypothesen - die einst Isaac Newton so heftig verworfen hatte - ins Reich der Illusionen und Spekulationen entschwandert. Je mehr man von Freiheit redet, um so sicherer muß sie vorhanden sein, das schien das Rezept zu sein, aus dem der Kreis der Zeitschrift "Der Monat" um Melvin J. Leasky, Initiator des Kongresses und amerikanischer Publizist in Berlin und London, seine Unternehmung speiste.

Aber man darf nicht verkennen, daß dieses Zusammentreffen von vielen bekannten Künstlern, Journalisten, Publizisten, Wissenschaftlern, Politikern, Pädagogen, Schriftstellern, Philosophen in der Stadt Berlin ein wesentliches Politikum im augenblicklichen Weltzustand war. Bemerkt wurde die besondere Lage Berlins betont, die geradezu als Vorkämpferin des Freiheitsbegriffes empfunden wurde, so wenn der Oxford-Professor Michael Polanyi vor der braunen Diktatur sprach, die Berlin umgeben hatte und durchflutete und ihr die rote Diktatur gegenüberstellte, die heute Berlin umgibt, aber sie nicht durchfluten kann.

In der Stadt Berlin - das war das Bekenntnis dieses weltweiten Kongresses der freien Länder der Welt und ihrer intellektuellen Spitzen aus den Reiche des Gedankens und der künstlerischen Empfindung - hat sich das Gesetz der Freiheit etablieren können, bis zu den Grenzen der Selbsterhaltung, welches von den Einwohnern dieser Stadt immerlich bejaht wird.

Und während das Phänomen Berlin ein Gesetz nackter Selbsterhaltung und Selbstwehr gegenüber dem Persönlichkeitszwang und der Persönlichkeitszerstörung ist, wurde auf dieser Tagung in einer politischen Apotheose spiritueller Symbolik Berlin zum Zielbegriff individualistischer oder subjektiver Spekulationen, hinter denen sich häufig "eine Blendwand aufrichtet, hinter deren Fresken und Stukketuren sich Dinge tummeln, die ganz andere sind als was die Scheuwand zeigt."

Es war der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Carlo Schmid, der in seiner Schlußansprache manche Dinge - auch in-  
 dem er diese Worte sprach - wieder zurecht rückte und ihnen die Töne



Hyper-Geistigkeit, die frohne Bieder-männigkeit, den rein propagandistischen Nutzeffekt nehm, der dazu dient, in aller Ruhe restauratives Denken und Konformismus mit der lastenden Freiheit zu decken.

Loben aber soll Selbstverwirklichung und Wesensbejahung sein, so forderte Prof. Schmid. Er warnte vor denen, die sich "ins Märchen flüchten". Die den Menschen nicht mehr "fragwürdig" finden, nicht mehr die delphische Formel des "Erkenne Dich selbst" kritisch anlegen wollen. "Die Freiheit steht als Herausforderung an uns und Herausforderung an die Welt über allen gesellschaftlichen Gebilden und ist eine Verpflichtung für uns alle, für alle, die sich getrauen, sie sich zu nehmen."

Immer wieder klang ein Thema auf diesem Kongress an, das nicht offen ausgesprochen wurde: das Thema von der Progression. Nur wenige Redner wie etwa Prof. Schmid haben den Glauben an den Fortschritt in allen Kulturpessimismus noch erkennen lassen. Man sprach viel von Verteidigung und Bewahrung. Von Verteidigung und Bewahrung haben auch schon sehr argute Kräfte der Vergangenheit gesprochen. Man sprach wenig davon, daß "nicht mehr der Mensch verstaatlicht, sondern der Staat vernenschlicht werden müsse".

Man hat zweifellos Furcht. Die Angst als Kennzeichen unseres Jahrhunderts (Außen) ist auch in Felde der Freiheit spürbar, man möchte politisch nichts verlieren, alles besitzen, nichts riskieren ("Keine Experimente" Wahlformel der CDU). Die besten Geister dieses Kongresses haben es empfunden, daß Freiheit wieder gewagt werden muß. Daß sie nach aussen gelebt werden will, daß sie "letztlich in politische Aktion einmünden muß" (Prof. Schmid)

Freiheit ist nur dann Freiheit, wenn sie das Notwendigste auch noch für morgen garantieren kann. Wenn sie das tägliche Brot zu geben und zu leisten bereit und in stände ist.

Die Freiheit der Intellektuellen, die so zu denken wagen, ist häufig im politischen Raum nicht mehr die Freiheit, die die Regierungen hortnerisch begießen. Auch Freiheit liest sich vor Tische oft anders. So hatte Carlo Schmid das Wesentliche jenseits von Propaganda und Reklame dieser Tagung im politischen Raum getroffen, wenn er bei aller Wertschätzung ihrer Inhalte gerade in Berlin die mutigen Worte sprach: "Immer wird der Intellektuelle, der sich so begreift, den Regierungen dieser Welt unbequem sein, hält er ihnen doch durch sein bloesses Dasein vor, wie sehr Anspruch und Leistung auseinanderklaffen. Freiheit ist heute nicht mehr - wie Schiller meinte - im Reich der Träume. Sie läßt sich materiell verwirklichen. Aber sie ist ein täglicher Anspruch der Wiedernerneuerung und kritischer Prüfung. Wer allzu viel von Freiheit redet, ist oft schon unfrei, ob er es merkt oder nicht. Denn Freiheit ist wie Liebe und Gerechtigkeit, ganz und gar unteilbar. + + +